

Auszug aus dem genehmigten Protokoll der Bezirksratssitzung Buchholz-Kleefeld am 12.05.2016

TOP 5.

Sachstandsbericht Flüchtlinge im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld

Frau Rembecki berichtete zunächst über die vorhandenen und im Anschluss über die geplanten Flüchtlingsunterkünfte im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld (Stand 11.05.2016). In den Gemeinschaftsunterkünften im Stadtbezirk Am Annateich und in der Pasteurallee (im ehemaligen Oststadt Krankenhaus) waren zum Stand 11.05.16 757 Personen untergebracht. Am Annateich waren es 52 Personen, davon knapp 9 Kinder von 0 bis 17 Jahren. Die Geschlechteraufteilung sei wie folgt: 19 Personen weiblich und 33 Personen männlich. Es leben dort Menschen aus 21 Nationen zusammen, die am meisten vertretenen Nationen seien Ghana, Somalia, Kosovo und Syrien.

In der Pasteurallee leben zurzeit 705 Personen, davon 73 Kinder von 0 bis 17 Jahren. Die Geschlechteraufteilung sei 1/7 weiblich, 6/7 männlich. Es würden dort Menschen aus 34 Nationen zusammenleben, die drei am meisten vertretenen Nationen seien Sudan, Irak und Algerien.

Weitere Standorte in Planung:

Feodor-Lynen-Straße 3A – D: Es handele sich um eine Modulanlage zur Unterbringung von ca. 110 Personen. Die Inbetriebnahme habe sich verzögert. Diese erfolge voraussichtlich in der 24. KW. Der Besichtigungstermin sei voraussichtlich in der 23. KW (ab 06.06.2016) und werde in der Presse veröffentlicht und zusätzlich im Stadtbezirksportal unter www.hannover.de/Stadtbezirke und dann Buchholz-Kleefeld bekannt gegeben.

Osterfelddamm/Ecke Baumschulenallee: Es handele sich um eine Modulanlage in Holzrahmenbauweise. Diese sei für die Unterbringung von ca. 170 Personen vorgesehen. Die vorbereitenden Maßnahmen wie z.B. Leitungsverlegung würden im Frühjahr beginnen. Der Baubeginn der Module sei für den Sommer 2016 geplant und die Fertigstellung bis Herbst 2016 in Aussicht gestellt.

Nikolaas-Tinbergen-Weg: Für das Wohnungsneubauvorhaben für Flüchtlingsunterbringung bestehe Planungsrecht. Die GBH habe den Bauantrag gestellt. Geplant sei zumindest der Beginn in diesem Jahr. Die Fertigstellung in diesem Jahr sei fraglich. Es werde mit einer Bauzeit von ca. 9 Monaten gerechnet. Untergebracht werden sollen dort ca. 80 Personen. Die Nußriede sei ebenfalls ein Wohnungsneubauvorhaben für Flüchtlingsunterbringung, bei dem Planungsrecht bestehe. Die GBH habe den Bauantrag gestellt. Der Beginn sei in diesem Jahr geplant. Die Fertigstellung in diesem Jahr sei fraglich. Es werde mit einer Bauzeit von ca. 9 Monaten gerechnet. Die Unterbringung von ca. 90 Personen sei geplant.

Im Dorfmarkhof, ebenfalls ein Wohnungsneubauvorhaben für die Flüchtlingsunterbringung sei der Bau von 13 Gartenhofhäusern geplant. Die Einreichung der Bauanzeige solle voraussichtlich im Juni 2016 erfolgen. Hier sei eine Unterbringung von ca. 80-90 Personen geplant.

Bei der Lathusenstraße handele es sich um ein Wohnungsneubauvorhaben für Flüchtlingsunterbringung. Die Zusatzversorgungskasse (ZVK) beabsichtige die südliche Teilfläche der ehemaligen Kleingartenkolonie „Niedersachsen“ zum Neubau von Wohnungen zu erwerben. Derzeit würden die Kaufverhandlungen mit dem Fachbereich Wirtschaft laufen. Die ZVK plane rund 70 Wohnungen im Neubau bis voraussichtlich Anfang 2019 zu realisieren. Es sei beabsichtigt, die Wohnungen zunächst zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Anschließend würden die Wohnungen über die ZVK frei vermietet. Die bisherige grobe Zeitplanung sehe vor, dass das Jahr 2016 für den Grunderwerb, die Planung und die Vorbereitung der nötigen Ausschreibungen genutzt

werde. Der Baubeginn solle voraussichtlich zur Jahresmitte 2017 erfolgen. Mit der Fertigstellung sei Ende 2018/ Anfang 2019 zu rechnen.

Beim Standort Podbielskistraße/Corinthstraße handele es sich um eine Modulanlage. Es sollen ca. 70 Personen dort untergebracht werden. Die Inbetriebnahme sei für 2017 geplant. Zu den Standorten der Leichtbauhallen allgemein wurde heute die DS Nr. 1003/2016 im Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters vorgestellt. Zum Standort Milanstraße, aber auch zu den Standorten Leichtbauhallen allgemein sei mitgeteilt worden, dass die Grundstücke soweit hergerichtet werden, dass sie im Notfall sofort weiter geplant werden können. Es werde am Standort festgehalten, aber er werden zurzeit keine Hallen gekauft und keine Leitungen verlegt. Alle Planungen seien diesbezüglich ausgesetzt. Die Anbieter werden gebeten, ihre Angebote 3 Monate aufrecht zu erhalten. Von der Verwaltung werde diesbezüglich eine Drucksache für den Verwaltungsausschuss vorbereitet.

Die Frage von **Bezirksratsherrn Borstelmann** wie viele Flüchtlinge zurzeit täglich nach Hannover kämen, konnte **Frau Rembecki** nicht beantworten. Sie verwies auf die zu erfüllende Quote bis Ende Juli von ca. 5.600 Flüchtlingen. Auf Nachfrage von **Bezirksratsherrn Borstelmann** antwortete sie, dass die Anzahl der bis Ende April untergebrachten Flüchtlinge bei ca. 4.470 liege.

Im Hinblick auf die letztgenannte Zahl bemerkte **Bezirksratsherr Hunze**, dass die Anzahl der Flüchtlinge in Hannover seit der letzten Sitzung zurückgegangen sei. Auch die Anzahl der Bewohner in der Pasteurallee und am Annateich sei etwas zurückgegangen. Bei einem Rückgang in Hannover wären die getroffenen Maßnahmen in Frage zu stellen.

Frau Rembecki erinnerte daran, dass es in Hannover ein Konzept gebe, die Flüchtlinge in Wohnungen, in Wohnprojekten, in Gemeinschaftsunterkünften bzw. in Notunterkünften unterzubringen. Auf die rückläufige Zahl z. B. in der Pasteurallee bezogen bedeute dies, dass Menschen in Wohnungen untergebracht worden seien. Auf die Nachfrage von **Bezirksratsherrn Hunze** antwortete **Frau Rembecki**, dass die aktuelle Quote, der noch aufzunehmenden Flüchtlinge immer mit dem Land abgestimmt werde. Es handele sich um den aktuellen Stand vom 27.04.2016.

Hinsichtlich des Standortes Milanstraße fragte **Bezirksratsherrn Hunze** nach, ob der Platz wieder planiert werde. **Frau Rembecki** antwortete, dass sie den Hinweis gerne mitnehme und verwies auf die angekündigte Drucksache.

Bezirksbürgermeister Hofmann ergänzte, dass die Anzahl der Flüchtlinge u. a. auch durch die Bearbeitung der Asylanträge und die evt. Rückkehr in die Heimat rückläufig sei.

Bezirksratsherr Plotzki bemerkte, dass bereits in der Vergangenheit vermutet wurde, dass aufgrund der rückläufigen Anzahl von Flüchtlingen die Unterkünfte so nicht mehr benötigt würden und regte an, ob in diesem Zusammenhang nicht eine gerechtere Verteilung im Stadtgebiet diskutiert werden könne. Im Bereich des Roderbruchs sei eine Nachbesserung erforderlich, auch um eine gute Integration zu ermöglichen.

Frau Rembecki stellte erneut fest, dass die Standorte nicht aufgegeben werden. Es werde lediglich die Planung ausgesetzt. Sie erinnerte an die Worte von Oberbürgermeister Schostok in der Informationsveranstaltung, dass die Landeshauptstadt Hannover sich im Stadtgebiet um eine gute Verteilung bemühe.

Bezirksratsfrau Zaman ergänzte, dass nicht absehbar sei, wann, wie viele Flüchtlinge kommen werden. Für diesen Fall müssen Flächen vorgehalten werden, um möglichst schnell Unterkünfte bereitstellen zu können. Auch das Land gebe zurzeit keine Unterkünfte auf. Hinsichtlich der Verteilung wies sie darauf hin, dass das Flüchtlingswohnheim im ehemaligen Oststadt Krankenhaus irgendwann leerlaufen werde und sich dann automatisch eine andere Verteilung ergebe.

Bezirksratsherr Oppelt bemängelte, dass die Entscheidung, die Planung auszusetzen, zu spät gekommen sei. Er verwies auf die Ausführungen von **Bezirksratsherrn Borstelmann**

in der letzten Sitzung und auf die starke Häufung von Unterkünften im Bereich Roderbruch. Der Wunsch der CDU-Fraktion wäre daher, dass auf den Standort Milanstraße endgültig verzichtet werde. Soweit die Anzahl der Flüchtlinge wieder steigen sollte, wäre nach einem Ersatzstandort in einem anderen Stadtteil zu suchen.